

stehenden Kenntnisse über Anpassungs- und Vermeidungsmaßnahmen zu positionieren, deren Ergebnisse systematisch auszuwerten und in die Entwicklung eines Umwelt-Governance-Modells einfließen zu lassen.

INTERNATIONALE VERHANDLUNGEN

Uruguay nimmt gleichwohl regelmäßig an den entsprechenden Konferenzen mit Delegationen aus Vertretern staatlicher Institutionen und zivilgesellschaftlicher Organisationen teil. Dabei lässt sich eine Übereinstimmung der regierungsamtlichen Positionen mit denen Europas und der Bundesregierung feststellen. „Dass das Kyoto-Protokoll noch am Leben ist, ist Europa zu verdanken, und sollte es scheitern, dann gegen den Willen Europas“, so die Einschätzung des Ingenieurs Walter Oyanzabal, Koordinator der Einheit für Fragen des Klimawandels im Landwirtschaftsministerium und Vertreter des Ministeriums im nationalen System zur Reaktion auf den Klimawandel. Deutschland wird wegen seines Einsatzes für die Emissionsbeschränkung und seines Beitrags zur Förderung und Verbreitung angepasster Technologien, vor allem auf dem Gebiet alternativer Energien, übereinstimmend eine Vorreiterrolle zugesprochen. „Die Ziele der Bundesregierung hinsichtlich der Einhaltung der internationaler Übereinkommen und des Ausbaus der Erneuerbaren Energiequellen sind beispielhaft und werden von uns mit Begeisterung verfolgt“, so Méndez.

Die Ergebnisse der Konferenz von Cancún werden als „unzureichende Fortschritte“ (Walter Oyanzabal) angesehen. Für Entwicklungsländer bzw. für Länder, die den Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt sind,

ist es besonders wichtig, dass die Hauptverursacher sich zu konkreten und verifizierbaren Maßnahmen zur Emissionsbeschränkung verpflichten. Unilaterale Maßnahmen werden zwar begrüßt, jedoch für unzureichend gehalten, da nur durch eine verbindliche internationale Vereinbarung die erforderlichen Garantien für konkrete Fortschritte bei der Vermeidung gegeben wären. Die Erwartungen konzentrieren sich dementsprechend auf Multilateralismus, verbindliche Vereinbarungen und Technologie-Transfer.

Der vereinbarte „Grüne Fonds“ wird als wichtiger Schritt in die richtige Richtung betrachtet; übereinstimmend wird jedoch darauf hingewiesen, dass seine Umsetzung nicht geklärt ist, weshalb er eher als Absichtserklärung denn als konkretes Ergebnis gewertet wird. Zur Verwaltung des genannten Fonds durch die Weltbank äußerten sich die in Cancún anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft kritisch.

Trotz dieser Beanstandungen bekräftigten die befragten Vertreter der Regierungsstellen jedoch die Absicht, auch weiterhin an den internationalen Konferenzen teilzunehmen und die erzielten Vereinbarungen uneingeschränkt umzusetzen. Der Leiter der Einheit des Umweltministeriums für Fragen des Klimawandels, Luis Santos, fasste die Position dahingehend zusammen, dass Uruguay nur dann von den Hauptverursachern die Einhaltung des Kyoto-Protokolls und ihren Einsatz für das Oberziel der Stabilisierung des Weltklimas verlangen kann, wenn es selbst den von ihm eingegangenen internationalen Verpflichtungen vorbildlich nachkommt.

VENEZUELA

Ivo Hernández

VENEZUELA UND DER KLIMAWANDEL: GROSSE REDEN, WENIG FORTSCHRITT

„Wenn das Klima eine von den großen kapitalistischen Banken wäre, dann hätten die reichen Regierungen es schon gerettet.“

Hugo Chávez, Kopenhagen 2009

Das oben angeführte Zitat stammt aus der Rede des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez vor dem Plenum auf dem 15. Klimagipfel in Kopenhagen 2009. Mit diesem Satz machte er deutlich, wer seiner

Meinung nach für das enttäuschende Scheitern dieses Gipfels verantwortlich sei, nämlich der „Kapitalismus und die reichen Regierungen“. Eine unverbindliche Willenserklärung war das einzige Ergebnis. Jedem Land stand es frei, diese anzunehmen oder nicht. Im weiteren Verlauf der Rede fand Chávez noch deutlichere Worte: „Die Reichen sind dabei, den Planeten zu zerstören.“ Er forderte deshalb vehement: „Verändert nicht das Klima, verändert das System.“

Diese Forderung ist vor dem Hintergrund des von Chávez propagierten politischen Wandels hin zu einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu verstehen; ein Konzept, das trotz seines Innovationsanspruches

hauptsächlich den Sozialismus des 20. Jahrhunderts imitiert und geprägt ist von massiven Unternehmensverstaatlichungen sowie völliger staatlicher Kontrolle in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen. Umweltaspekte stehen hierbei hinter ideologischen und wirtschaftlichen Erwägungen zurück. Aufgrund des Erdölreichtums des Landes wird wenig Notwendigkeit gesehen, in Erneuerbare Energien zu investieren. Ebenso hat die derzeitige Regierung die CO₂-Belastung eher noch erhöht, indem sie elektrische Energie vermehrt mit Dieselkraftwerken erzeugt.

Im Vorfeld der 16. Klimakonferenz in Cancún 2010 hatte sich Venezuelas Repräsentantin, Claudia Salerno, zu den Erwartungen und zu der Position geäußert, die sie stellvertretend für ihr Land bei diesem Gipfel einnahm. Laut Salerno strebte „Venezuela [...] ein Abkommen an, welches alle 192 Mitgliedstaaten involviert und einen Weg aus der Umweltkatastrophe aufzeigt, die wir erleiden“. Sie war der Meinung, „dieser bittere Kampf“ müsse „bis zum Ende“ geführt werden, und sie werde nicht aufgeben, bis es ein wirklich brauchbares Dokument gebe, „das umfassend hilft und die Probleme löst, vor denen wir stehen“.

Trotz dieser Ankündigungen schloss sich die venezolanische Delegation am Ende nicht der Totalblockade ihres eigentlich engen Verbündeten Bolivien an. Dieses Land sprach sich vehement gegen die Vereinbarung von Cancún aus¹ und will nun gegen die Erklärung vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag klagen².

Der Klimawechsel macht sich auch in Venezuela bemerkbar. 2009 belegte das Land Platz acht im Klima-Risiko-Index der Entwicklungs- und Umweltorganisation Germanwatch³. Das Jahr 2010 war geprägt von Wetterextremen. Zu Beginn des Jahres rief der Präsident den Energienotstand aus. Auf Grund der andauernden Trockenheit im Norden Südamerikas und des so genannten Klimaphänomens El Niño⁴

waren die Pegel der Stauseen stark gesunken, so dass die Wasserkraftwerke nur eingeschränkt arbeiten konnten. Da Venezuela etwa 70 Prozent seiner Energie aus Wasserkraft bezieht, kam es zu einem Energieengpass. Daraus resultierten drastische Stromsparmaßnahmen, und die Lösung des Energieversorgungsproblems wurde zur höchsten Priorität der Regierung.

Laut Professor José Manuel Aller, Spezialist für Energietechnik an der Universität Simón Bolívar in Caracas, habe der Guri-Stausee⁵ bei normaler Auslastung genügend Wasser für drei Dürrejahre. Zu der Energiekrise sei es gekommen, da die Regierung seit Jahren die bestehenden Kraftwerke und die Infrastruktur nicht gewartet und auch nicht in alternative Kraftwerke investiert habe.

Um die Mängel schnellstmöglich zu beheben, steigerte die Regierung ihre Energieproduktion durch die Installation und Reaktivierung von Dampfkraftwerken, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Somit konnte Venezuela zwar den Energieengpass überwinden, trägt aber damit noch mehr zur Umweltverschmutzung und zum Klimawandel bei. Denn es ist zu erwarten, dass die CO₂-Emission Venezuelas, die auf Grund der Erdölproduktion sowieso schon sehr hoch ist⁶, durch den Wechsel in der Energieproduktion weiter steigen wird. Ergebnisse eines Berichts der Universität Simon Bolívar zur venezolanischen Energiekrise zeigen, dass der Diesel- und Heizölverbrauch im Lande seit Beginn der Energiekrise im Jahre 2010 um 54 Prozent gestiegen ist, von durchschnittlich 81.526 auf 125.500 Barrel pro Tag.

Nur wenige Monate nach der Dürreperiode sah sich Venezuela mit dem gegenteiligen Problem konfrontiert: Starke Unwetter hatten vor allem im Norden des Landes massive Überschwemmungen zur Folge.⁷ Deshalb wurde in acht der 23 Bundesstaaten der Notstand ausgerufen. Zehntausende Menschen waren auf

1 | Laut Bolivien gehen die Anstrengungen nicht weit genug.

2 | Alle Vereinbarungen von Klimakonferenzen müssen im Konsens verabschiedet werden. Bolivien verweigerte der Vereinbarung von Cancún seine Zustimmung, diese wurde aber dennoch abgesegnet.

3 | Germanwatch engagiert sich für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlage. Das Augenmerk liegt auf der Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Ziel ist es, eine starke Lobby für nachhaltige Entwicklung zu bilden. Der Klima-Risiko-Index dient dazu, auf die weltweiten Folgen des Klimawandels aufmerksam zu machen, und zeigt, welche Länder am stärksten unter Extremwetter leiden. Er basiert auf der Analyse von Daten aus zehn Jahren und wird jährlich herausgegeben. Kriterien sind unter anderem die Zahl der Toten durch Klimaphänomene und Materialschäden.

4 | El Niño (span.) bedeutet „der Junge“ bzw. „das Kind“, in diesem Fall „Christuskind“, da das Klimaphänomen in

zwei- bis siebenjährigen Abständen in der Weihnachtszeit auftritt. Dabei kommt es im Pazifikraum zwischen der Westküste Südamerikas und dem südostasiatischen Raum (Indonesien, Australien) zu Umkehrungen der normalen Wettersituation. Die Folgen sind oft schwere Naturkatastrophen, im südamerikanischen Raum kommt es zu starken Unwettern und daraus resultierenden Erdbeben. Im westpazifischen Raum herrscht extreme Trockenheit, die Missernten und große Busch- und Waldbrände nach sich zieht.

5 | Talsperre mit dem größten Wasserkraftwerk Venezuelas, eines der größten der Welt.

6 | Stand 2006: in Venezuela werden pro Person jedes Jahr 6,3 Tonnen CO₂ ausgestoßen. Zum Vergleich: in Peru sind es 1,29 Tonnen, in Kolumbien 1,43 Tonnen, in Chile 3,59 Tonnen.

7 | Schon 1999 gab es in Venezuela extreme Regenfälle, dabei starben durch massive Erdbeben und Schlammlawinen 30.000 Menschen.

der Flucht vor den Überschwemmungen und verloren ihr Zuhause. Es wurden Notunterkünfte in Hotels, Kasernen und Schulen eingerichtet, weshalb in einigen Bundesstaaten unter anderem der Schulunterricht für mehrere Wochen ausfiel.

Die venezolanische Tageszeitung *Últimas Noticias* berichtete, dass im Monat November die größten Regenmengen seit 40 Jahren gemessen wurden und berief sich dabei auf Meteorologen der Zentraluniversität Venezuelas. Auch der venezolanische Umweltminister, Alejandro Hatcher, äußerte sich zu diesen Wetterextremen und sagte, dass „es [...] definitiv nicht normal [sei], dass dieses Land in weniger als acht Monaten die größte Trockenheit der letzten Jahrzehnte erlebt, um das Jahr dann mit der größten registrierten Niederschlagsmenge aller Zeiten zu beenden“. Außerdem sei „dies ein weiterer Beweis für das, was der Klimawandel hervorrufen kann, wenn er nicht sofort kontrolliert wird“.

Eine der von der Regierung Ende 2010 vorgeschlagene Initiativen besteht in einer Zusammenarbeit mit Norwegen, um den wachsenden Treibhauseffekt zu bekämpfen. Hierbei sollen Mitarbeiter des venezolanischen Umweltministeriums und der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA von den norwegischen Erfahrungen mit umweltschonenden Technologien bei der Erdölproduktion profitieren.

Eine wichtige Alternative zu herkömmlichen Praktiken wurde in Venezuela Anfang 2011 von der Deutsch-Venezolanischen Handelskammer Cavenal vorgestellt. Das so genannte Deutsche Haus (Casa Alemana) ist ein Projekt der Technischen Universität Darmstadt und funktioniert ausschließlich auf der Grundlage von Sonnenenergie. Alle verwendeten Materialien sind recyclingfähig und tragen so nicht nur zur Energieersparnis bei, sondern verringern auch die Umweltverschmutzung. Im Rahmen der gemeinsamen Initiative der Bundesministerien für Wirtschaft und Technik ist die Casa Alemana in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern ausgestellt worden. Die Betonung liegt hier auf der Vermeidung klimaschädlicher Faktoren durch verantwortungsvolle Energieerzeugung und durch Energieverbrauch.

VENEZUELA NACH FUKUSHIMA: AUSSTIEG AUS DER ATOMENERGIE

Nach dem schweren Unfall in der japanischen Zentrale Fukushima, verkündete Präsident Hugo Chavez am 16. März 2011 die Suspendierung des Programms zum Bau eines Kernkraftwerks zu friedlichen Zwecken in Venezuela, das mit russischer Technologie gebaut werden sollte. Diese Order wurde dem Minister für Bergbau und Präsidenten der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA, Rafael Ramirez, über das Fernsehen erteilt. Venezuela hatte im Jahr 2010 ein Abkommen mit Russland unterzeichnet um mit dem Bau eines ersten Kernkraftwerks zur Stromerzeugung zu beginnen.

Die Nationalversammlung hatte das Nuklearabkommen, das vom Leiter der russischen Atombehörde, Sergej Kirijenko, und dem venezolanischen Außenminister Nicolas Maduro unterzeichnet worden war, am 2. November 2010 genehmigt. Demnach würden russische Ingenieure in Venezuela ein Atomkraftwerk mit einer Leistung von 500 Megawatt errichten. Die Vereinigten Staaten zeigten sich darüber gar nicht erfreut, da die Erzeugung von Strom durch Atomkraft in einem Erdöl produzierenden Land mit einem hohen Potential für Wasserkraft merkwürdig anmutete. Die zu verwendende Technologie ähnelte der des ersten iranischen Kernkraftwerks in Bushehr, das russische Ingenieure vor kurzem am Ufer des Persischen Golfs mit einer Leistung von 1.000 Megawatt in Betrieb genommen haben.